

Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Abgeschlossen in New York am 10. Juni 1958
Von der Bundesversammlung genehmigt am 2. März 1965²
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 1. Juni 1965
In Kraft getreten für die Schweiz am 30. August 1965
(Stand am 17. Februar 2011)

Art. I

1. Dieses Übereinkommen ist auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen anzuwenden, die in Rechtsstreitigkeiten zwischen natürlichen oder juristischen Personen in dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates als desjenigen ergangen sind, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird. Es ist auch auf solche Schiedssprüche anzuwenden, die in dem Staat, in dem ihre Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, nicht als inländische anzusehen sind.

2. Unter «Schiedssprüchen» sind nicht nur Schiedssprüche von Schiedsrichtern, die für eine bestimmte Sache bestellt worden sind, sondern auch solche eines ständigen Schiedsgerichts, dem sich die Parteien unterworfen haben, zu verstehen.

3. Jeder Staat, der dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert, ihm beitrifft oder dessen Ausdehnung gemäss Artikel X notifiziert, kann gleichzeitig auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erklären, dass er das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden werde, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Er kann auch erklären, dass er das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden werde, die nach seinem innerstaatlichen Recht als Handelssachen angesehen werden.

Art. II

1. Jeder Vertragsstaat erkennt eine schriftliche Vereinbarung an, durch die sich die Parteien verpflichten, alle oder einzelne Streitigkeiten, die zwischen ihnen aus einem bestimmten Rechtsverhältnis, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, bereits entstanden sind oder etwa künftig entstehen, einem schiedsrichterlichen Verfahren zu unterwerfen, sofern der Gegenstand des Streites auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann.

2. Unter einer «schriftlichen Vereinbarung» ist eine Schiedsklausel in einem Vertrag oder eine Schiedsabrede zu verstehen, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede

AS 1965 795; BBl 1964 II 605

- ¹ Der Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.
- ² AS 1965 793

von den Parteien unterzeichnet oder in Briefen oder Telegrammen enthalten ist, die sie gewechselt haben.

3. Wird ein Gericht eines Vertragsstaates wegen eines Streitgegenstandes angerufen, hinsichtlich dessen die Parteien eine Vereinbarung im Sinne dieses Artikels getroffen haben, so hat das Gericht auf Antrag einer der Parteien sie auf das schiedsrichterliche Verfahren zu verweisen, sofern es nicht feststellt, dass die Vereinbarung hinfällig, unwirksam oder nicht erfüllbar ist.

Art. III

Jeder Vertragsstaat erkennt Schiedssprüche als wirksam an und lässt sie nach den Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebietes, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, zur Vollstreckung zu, sofern die in den folgenden Artikel festgelegten Voraussetzungen gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, darf weder wesentlich strengeren Verfahrensvorschriften noch wesentlich höheren Kosten unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.

Art. IV

1. Zur Anerkennung und Vollstreckung, die im vorangehenden Artikel erwähnt wird, ist erforderlich, dass die Partei, welche die Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, zugleich mit ihrem Antrag vorlegt:

- a. die gehörig beglaubigte (legalisierte) Urschrift des Schiedsspruchs oder eine Abschrift, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift ordnungsgemäss beglaubigt ist;
- b. die Urschrift der Vereinbarung im Sinne des Artikels II oder eine Abschrift, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift ordnungsgemäss beglaubigt ist.

2. Ist der Schiedsspruch oder die Vereinbarung nicht in einer amtlichen Sprache des Landes abgefasst, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, so hat die Partei, die seine Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, eine Übersetzung der erwähnten Urkunden in diese Sprache beizubringen. Die Übersetzung muss von einem amtlichen oder beeidigten Übersetzer oder von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter beglaubigt sein.

Art. V

1. Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, den Beweis erbringt.

- a. dass die Parteien, die eine Vereinbarung im Sinne des Artikels II geschlossen haben, nach dem Recht, das für sie persönlich massgebend ist, in irgendeiner Hinsicht hierzu nicht fähig waren, oder dass die Vereinbarung nach dem Recht, dem die Parteien sie unterstellt haben, oder, falls die Parteien

hierüber nichts bestimmt haben, nach dem Recht des Landes, in dem der Schiedsspruch ergangen ist, ungültig ist, oder

- b. dass die Partei, gegen die der Schiedsspruch geltend gemacht wird, von der Bestellung des Schiedsrichters oder von dem schiedsrichterlichen Verfahren nicht gehörig in Kenntnis gesetzt worden ist oder dass sie aus einem anderen Grund ihre Angriffs- oder Verteidigungsmittel nicht hat geltend machen können, oder
- c. dass der Schiedsspruch eine Streitigkeit betrifft, die in der Schiedsabrede nicht erwähnt ist oder nicht unter die Bestimmungen der Schiedsklausel fällt, oder dass er Entscheidungen enthält, welche die Grenzen der Schiedsabrede oder der Schiedsklausel überschreiten; kann jedoch der Teil des Schiedsspruches, der sich auf Streitpunkte bezieht, die dem schiedsrichterlichen Verfahren unterworfen waren, von dem Teil, der Streitpunkte betrifft, die ihm nicht unterworfen waren, getrennt werden, so kann der erstgenannte Teil des Schiedsspruches anerkannt und vollstreckt werden, oder
- d. dass die Bildung des Schiedsgerichtes oder das schiedsrichterliche Verfahren der Vereinbarung der Parteien oder, mangels einer solchen Vereinbarung, dem Recht des Landes, in dem das schiedsrichterliche Verfahren stattfand, nicht entsprochen hat, oder
- e. dass der Schiedsspruch für die Parteien noch nicht verbindlich geworden ist oder dass er von einer zuständigen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, aufgehoben oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt worden ist.

2. Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruches darf auch versagt werden, wenn die zuständige Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, feststellt,

- a. dass der Gegenstand des Streites nach dem Recht dieses Landes nicht auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann, oder
- b. dass die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruches der öffentlichen Ordnung dieses Landes widersprechen würde.

Art. VI

Ist bei der Behörde, die im Sinne des Artikels V Absatz 1 Buchstabe *e* zuständig ist, ein Antrag gestellt worden, den Schiedsspruch aufzuheben oder ihn in seinen Wirkungen einstweilen zu hemmen, so kann die Behörde, vor welcher der Schiedsspruch geltend gemacht wird, sofern sie es für angebracht hält, die Entscheidung über den Antrag, die Vollstreckung zuzulassen, aussetzen; sie kann aber auch auf Antrag der Partei, welche die Vollstreckung des Schiedsspruches begehrt, der andern Partei auferlegen, angemessene Sicherheit zu leisten.

Art. VII

1. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens lassen die Gültigkeit mehrseitiger oder zweiseitiger Verträge, welche die Vertragsstaaten über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen geschlossen haben, unberührt und nehmen keiner beteiligten Partei das Recht, sich auf einen Schiedsspruch nach Massgabe des innerstaatlichen Rechts oder der Verträge des Landes, in dem er geltend gemacht wird, zu berufen.

2. Das Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln von 1923³ und das Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1927⁴ treten zwischen den Vertragsstaaten in dem Zeitpunkt und in dem Ausmass ausser Kraft, in dem dieses Übereinkommen für sie verbindlich wird.

Art. VIII

1. Dieses Übereinkommen liegt bis zum 31. Dezember 1958 zur Unterzeichnung durch jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen sowie durch jeden anderen Staat auf, der Mitglied einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen oder Vertragspartei des Statutes des Internationalen Gerichtshofes⁵ ist oder später wird oder an den eine Einladung der Generalversammlung der Vereinten Nationen ergangen ist.

2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunde ist bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Art. IX

1. Alle in Artikel VIII bezeichneten Staaten können diesem Übereinkommen beitreten.

2. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Art. X

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, dass dieses Übereinkommen auf alle oder auf einzelne der Gebiete ausgedehnt werde, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald das Übereinkommen für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.

2. Später kann dieses Übereinkommen auf solche Gebiete durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation ausgedehnt werden; die Ausdehnung wird am neunzigsten Tage, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugegangen ist oder, sofern dieses Übereinkommen für den in Betracht kommenden Staat später in Kraft tritt, erst in diesem Zeitpunkt wirksam.

³ SR 0.277.11

⁴ [BS 12 392. AS 46 688, AS 2005 1513. AS 2009 4239].

⁵ SR 0.193.501

3. Hinsichtlich der Gebiete, auf welche dieses Übereinkommen bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt nicht ausgedehnt worden ist, wird jeder in Betracht kommende Staat die Möglichkeit erwägen, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um das Übereinkommen auf sie auszudehnen, und zwar mit Zustimmung der Regierungen dieser Gebiete, falls eine solche aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig sein sollte.

Art. XI

Für einen Bundesstaat oder einen Staat, der kein Einheitsstaat ist, gelten die folgenden Bestimmungen:

- a. hinsichtlich der Artikel dieses Übereinkommens, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis des Bundes beziehen, sind die Verpflichtungen der Bundesregierung die gleichen wie diejenigen der Vertragsstaaten, die keine Bundesstaaten sind;
- b. hinsichtlich solcher Artikel dieses Übereinkommens, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis der Gliedstaaten oder Provinzen beziehen, die nach der verfassungsrechtlichen Ordnung des Bundes nicht gehalten sind, Massnahmen im Wege der Gesetzgebung zu treffen, ist die Bundesregierung verpflichtet, die in Betracht kommenden Artikel den zuständigen Behörden der Gliedstaaten oder Provinzen so bald wie möglich befürwortend zur Kenntnis zu bringen;
- c. ein Bundesstaat, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, übermittelt auf das ihm von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitete Ersuchen eines anderen Vertragsstaates eine Darstellung des geltenden Rechts und der Übung innerhalb des Bundes und seiner Gliedstaaten oder Provinzen hinsichtlich einzelner Bestimmungen dieses Übereinkommens, aus der insbesondere hervorgeht, inwieweit diese Bestimmungen durch Massnahmen im Wege der Gesetzgebung oder andere Massnahmen wirksam geworden sind.

Art. XII

1. Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.
2. Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. XIII

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, wirksam.

2. Jeder Staat, der gemäss Artikel X eine Erklärung abgegeben oder eine Notifikation vorgenommen hat, kann später jederzeit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifizieren, dass die Ausdehnung des Übereinkommens auf das in Betracht kommende Gebiet ein Jahr, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, ihre Wirkung verlieren soll.

3. Dieses Übereinkommen bleibt auf Schiedssprüche anwendbar, hinsichtlich derer ein Verfahren zum Zwecke der Anerkennung oder Vollstreckung eingeleitet worden ist, bevor die Kündigung wirksam wird.

Art. XIV

Ein Vertragsstaat darf sich gegenüber einem anderen Vertragsstaat nur insoweit auf dieses Übereinkommen berufen, als er selbst verpflichtet ist, es anzuwenden.

Art. XV

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen in Artikel VIII bezeichneten Staaten:

- a. die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäss Artikel VIII;
- b. die Beitrittserklärungen gemäss Artikel IX;
- c. die Erklärungen und Notifikationen gemäss den Artikeln I, X und XI;
- d. den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäss Artikel XII in Kraft tritt;
- e. die Kündigungen und Notifikationen gemäss Artikel XIII.

Art. XVI

1. Dieses Übereinkommen, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut in gleicher Weise massgebend ist, wird in dem Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt den in Artikel VIII bezeichneten Staaten eine beglaubigte Abschrift dieses Übereinkommens.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 17. Februar 2011⁶

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Afghanistan*	30. November 2004 B	28. Februar 2005
Ägypten	9. März 1959 B	7. Juni 1959
Albanien	27. Juni 2001 B	25. September 2001
Algerien*	7. Februar 1989 B	8. Mai 1989
Antigua und Barbuda*	2. Februar 1989 B	3. Mai 1989
Argentinien*	14. März 1989	12. Juni 1989
Armenien*	29. Dezember 1997 B	29. März 1998
Aserbaidschan	29. Februar 2000 B	29. Mai 2000
Australien	26. März 1975 B	24. Juni 1975
Bahamas	20. Dezember 2006 B	20. März 2007
Bahrain*	6. April 1988 B	5. Juli 1988
Bangladesch	6. Mai 1992 B	4. August 1992
Barbados*	16. März 1993 B	14. Juni 1993
Belarus*	15. November 1960	13. Februar 1961
Belgien*	18. August 1975	16. November 1975
Benin	16. Mai 1974 B	14. August 1974
Bolivien	28. April 1995 B	27. Juli 1995
Bosnien und Herzegowina*	1. September 1993 N	6. März 1992
Botsuana*	20. Dezember 1971 B	19. März 1972
Brasilien	7. Juni 2002 B	5. September 2002
Brunei*	25. Juli 1996 B	23. Oktober 1996
Bulgarien*	10. Oktober 1961	8. Januar 1962
Burkina Faso	23. März 1987 B	21. Juni 1987
Chile	4. September 1975 B	3. Dezember 1975
China*	22. Januar 1987	22. April 1987
Hongkong	6. Juni 1997	1. Juli 1997
Macau	19. Juli 2005	19. Juli 2005
Cook-Inseln	12. Januar 2009 B	12. April 2009
Costa Rica	26. Oktober 1987	24. Januar 1988
Côte d'Ivoire	1. Februar 1991 B	2. Mai 1991
Dänemark*	22. Dezember 1972 B	22. März 1973
Färöer	12. November 1975 B	10. Februar 1976
Grönland	12. November 1975 B	10. Februar 1976
Deutschland* **	30. Juni 1961	28. September 1961
Dominica	28. Oktober 1988 B	26. Januar 1989

⁶ AS 1976 617, 1977 152, 1978 72, 1979 720, 1980 377, 1982 258 1940, 1983 1192, 1984 309, 1985 173, 1986 337, 1987 712, 1988 2072, 1990 716, 1993 2439, 2004 3889, 2007 13, 2008 4053 und 2011 875. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (<http://www.eda.admin.ch/vertraege>).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Dominikanische Republik	11. April	2002 B	10. Juli	2002
Dschibuti	14. Juni	1983 N	27. Juni	1977
Ecuador*	3. Januar	1962	3. April	1962
El Salvador	26. Februar	1998	27. Mai	1998
Estland	30. August	1993 B	28. November	1993
Fidschi	27. September	2010 B	26. Dezember	2010
Finnland	19. Januar	1962	19. April	1962
Frankreich*	26. Juni	1959	24. September	1959
Alle Hoheitsgebiete der Französi- schen Republik	26. Juni	1959	24. September	1959
Gabun	15. Dezember	2006 B	15. März	2007
Georgien	2. Juni	1994 B	31. August	1994
Ghana	9. April	1968 B	8. Juli	1968
Griechenland*	16. Juli	1962 B	14. Oktober	1962
Guatemala*	21. März	1984 B	19. Juni	1984
Guinea	23. Januar	1991 B	23. April	1991
Haiti	5. Dezember	1983 B	4. März	1984
Heiliger Stuhl*	14. Mai	1975 B	12. August	1975
Honduras	3. Oktober	2000 B	1. Januar	2001
Indien*	13. Juli	1960	11. Oktober	1960
Indonesien*	7. Oktober	1981 B	5. Januar	1982
Iran*	15. Oktober	2001 B	13. Januar	2002
Irland*	12. Mai	1981 B	10. August	1981
Island	24. Januar	2002 B	24. April	2002
Israel	5. Januar	1959	7. Juni	1959
Italien	31. Januar	1969 B	1. Mai	1969
Jamaika*	10. Juli	2002 B	8. Oktober	2002
Japan*	20. Juni	1961 B	18. September	1961
Jordanien*	15. November	1979	13. Februar	1980
Kambodscha	5. Januar	1960 B	4. April	1960
Kamerun	19. Februar	1988 B	19. Mai	1988
Kanada*	12. Mai	1986 B	10. August	1986
Kasachstan	20. November	1995 B	18. Februar	1996
Katar	30. Dezember	2002 B	30. März	2003
Kenia*	10. Februar	1989 B	11. Mai	1989
Kirgisistan	18. Dezember	1996 B	18. März	1997
Kolumbien	25. September	1979 B	24. Dezember	1979
Korea (Süd-)*	8. Februar	1973 B	9. Mai	1973
Kroatien	26. Juli	1993 N	8. Oktober	1991
Kuba*	30. Dezember	1974 B	30. März	1975
Kuwait*	28. April	1978 B	27. Juli	1978
Laos	17. Juni	1998 B	15. September	1998
Lesotho	13. Juni	1989 B	11. September	1989
Lettland	14. April	1992 B	13. Juli	1992

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Libanon*	11. August 1998 B	9. November 1998
Liberia	16. September 2005 B	15. Dezember 2005
Litauen*	14. März 1995 B	12. Juni 1995
Luxemburg*	9. September 1983	8. Dezember 1983
Madagaskar*	16. Juli 1962 B	14. Oktober 1962
Malaysia*	5. November 1985 B	3. Februar 1986
Mali	8. September 1994 B	7. Dezember 1994
Malta*	22. Juni 2000 B	20. September 2000
Marokko*	12. Februar 1959 B	7. Juni 1959
Marshallinseln	21. Dezember 2006 B	21. März 2007
Mauretanien	30. Januar 1997 B	30. April 1997
Mauritius*	19. Juni 1996 B	17. September 1996
Mazedonien	10. März 1994 N	17. November 1991
Mexiko	14. April 1971 B	13. Juli 1971
Moldau*	18. September 1998 B	17. Dezember 1998
Monaco*	2. Juni 1982	31. August 1982
Mongolei*	24. Oktober 1994 B	22. Januar 1995
Montenegro*	23. Oktober 2006 N	3. Juni 2006
Mosambik*	11. Juni 1998 B	9. September 1998
Nepal*	4. März 1998 B	2. Juni 1998
Neuseeland*	6. Januar 1983 B	6. April 1983
Nicaragua	24. September 2003 B	23. Dezember 2003
Niederlande*	24. April 1964	23. Juli 1964
Curaçao	24. April 1964	23. Juni 1964
Sint Maarten	24. April 1964	23. Juni 1964
Suriname	24. April 1964	23. Juli 1964
Niger	14. Oktober 1964 B	12. Januar 1965
Nigeria*	17. März 1970 B	15. Juni 1970
Norwegen*	14. März 1961 B	12. Juni 1961
Oman	25. Februar 1999 B	26. Mai 1999
Österreich	2. Mai 1961 B	31. Juli 1961
Pakistan*	14. Juli 2005	12. Oktober 2005
Panama	10. Oktober 1984 B	8. Januar 1985
Paraguay	8. Oktober 1997 B	6. Januar 1998
Peru	7. Juli 1988 B	5. Oktober 1988
Philippinen*	6. Juli 1967	4. Oktober 1967
Polen*	3. Oktober 1961	1. Januar 1962
Portugal*	18. Oktober 1994 B	16. Januar 1995
Ruanda	31. Oktober 2008 B	29. Januar 2009
Rumänien*	13. September 1961 B	12. Dezember 1961
Russland*	24. August 1960	22. November 1960

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Sambia	14. März	2002 B	12. Juni	2002
San Marino	17. Mai	1979 B	15. August	1979
Saudi-Arabien*	19. April	1994 B	18. Juli	1994
Schweden	28. Januar	1972	27. April	1972
Schweiz	1. Juni	1965	30. August	1965
Senegal	17. Oktober	1994 B	15. Januar	1995
Serbien*	12. März	2001 N	27. April	1992
Simbabwe	29. September	1994 B	28. Dezember	1994
Singapur*	21. August	1986 B	19. November	1986
Slowakei*	28. Mai	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	6. Juli	1992 N	25. Juni	1991
Spanien	12. Mai	1977 B	10. August	1977
Sri Lanka	9. April	1962	8. Juli	1962
St. Vincent und die Grenadinen*	12. September	2000 B	11. Dezember	2000
Südafrika	3. Mai	1976 B	1. August	1976
Syrien	9. März	1959 B	7. Juni	1959
Tansania*	13. Oktober	1964 B	11. Januar	1965
Thailand	21. Dezember	1959 B	20. März	1960
Trinidad und Tobago*	14. Februar	1966 B	15. Mai	1966
Tschechische Republik*	30. September	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien*	17. Juli	1967 B	15. Oktober	1967
Türkei*	2. Juli	1992 B	30. September	1992
Uganda*	12. Februar	1992 B	12. Mai	1992
Ukraine*	10. Oktober	1960	8. Januar	1961
Ungarn*	5. März	1962 B	3. Juni	1962
Uruguay	30. März	1983 B	28. Juni	1983
Usbekistan	7. Februar	1996 B	7. Mai	1996
Venezuela*	8. Februar	1995 B	9. Mai	1995
Vereinigte Arabische Emirate	21. August	2006 B	19. November	2006
Vereinigte Staaten*	30. September	1970 B	29. Dezember	1970
Alle Gebiete, deren internationale Beziehungen von den Vereinigten Staaten wahrgenommen werden				
Vereinigtes Königreich*	3. November	1970 B	1. Februar	1971
Bermudas*	24. September	1975 B	23. Dezember	1975
Gibraltar*	14. November	1979 B	12. Februar	1980
Guernsey*	24. September	1975 B	23. Dezember	1975
Insel Man*	19. April	1985 B	18. Juli	1985
Jersey	22. Februar	1979 B	23. Mai	1979
Kaimaninseln*	28. Mai	2002	28. Mai	2002
Vietnam*	26. November	1980 B	24. Februar	1981
	12. September	1995 B	11. Dezember	1995

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Zentralafrikanische Republik*	15. Oktober 1962 B	13. Januar 1963
Zypern*	29. Dezember 1980 B	29. März 1981

* Vorbehalte und Erklärungen

** Einwendungen

Die Vorbehalte, Erklärungen und Einwendungen werden in der AS nicht veröffentlicht, mit Ausnahme jener der Schweiz. Die Originaltexte können unter: <http://untreaty.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.
